

1
1
2
3
4
5

6
7
8

Beschlussbuch zur ordentlichen Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern 2009

- 9 1. Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors
10 2. Für eine nachhaltige Zukunft – von links gestaltet
11 3. Gentechnik
12 4. Solidarität mit den BesetzerInnen
13 5. Parlament kommt von reden - Weg mit den "Reden zu Protokoll"!

1
1 Adressaten: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD Fraktion im Bayeri-
2 schen Landtag, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesvorstand, SPD Bezirksparteitag,
3 SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

4

5 **1. Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors**

6

7 I) Die Jusos Oberbayern fordern die SPD und die Fraktionen in Bundestag, Landtagen
8 und Kommunalparlamenten auf, ein Konzept eines öffentlichen Beschäftigungssektors
9 für Langzeitarbeitslose zu entwickeln und auf die Umsetzung desselben hinzuarbeiten.
10 Dieser Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) soll unseren Anforderungen an Gute Ar-
11 beit (vor allem Mindestlohn, Mitbestimmung, Sozialversicherungspflicht) gerecht wer-
12 den. Der ÖBS erfüllt die Kriterien der Gemeinwohlorientierung, der Freiwilligkeit im Sin-
13 ne des Arbeitslosen, zur freiwilligen Arbeit, nicht zur passenden ABM-Maßnahme und
14 zur Zusätzlichkeit und gefährdet keine keine bestehenden Beschäftigungsverhältnisse.

15

16 II) Die Finanzierung erfolgt über die Bündelung der bisherigen gesamtstaatlichen Aus-
17 gaben für Langzeitarbeitslose (ALG II, Hilfen zur Unterkunft und den Entgelten für die
18 bisherigen Maßnahmen nach §§16ff SGB II) auf lokaler Ebene. Die Einbeziehung wei-
19 terer Fördermittel, z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds wird überprüft. Dies ge-
20 schieht in der Überzeugung, dass es humaner, effektiver und effizienter ist, sinnvolle
21 und anspruchsvolle Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Schließung
22 etwaiger Finanzierungslücken sind Fördermittel bereitzustellen, die von kommunalen
23 Beschäftigungsprojekten abrufbar sind.

24

25 III) Träger öffentlich geförderter Beschäftigung sind gemeinnützige Einrichtungen
26 (Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände, Vereine, Bürgerinitiativen), die selbstständig
27 über die Form und Organisation der von ihrem Beschäftigungsprojekt erbrachten
28 Dienstleistungen entscheiden. Es besteht Rechenschaftspflicht gegenüber einem regio-
29 nalen Gremium aus Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kommune, dieses ist Organisa-
30 tor und Koordinator von Beschäftigungsprojekten. Profitorientierte Einrichtungen kom-
31 men wegen drohender Mitnahme- und Verdrängungseffekte nicht als Träger in Frage.

32

33 IV) Mögliche Beschäftigungsfelder: 1. Ausbau von soziokultureller Infrastruktur (z.B. Be-
34 ratungsstellen, Archive, Frauenhäuser, Fanprojekte, Nachbarschaftstreff, Ateliers). 2.
35 Jugend- und altersbezogene Tätigkeiten (z.B. Kinderbetreuung außerhalb der KITA-Öff-

1
1 nungszeiten, Erhöhung der Mobilität für Menschen mit Behinderungen, ergänzende
2 pflegerische Tätigkeiten, Streetwork, Ausbau Schulsozialarbeit). Die durch die Verkür-
3 zung der Zivildienstzeit wegfallenden Zivildienststellen können durch eben jene Be-
4 schäftigten des ÖBS ersetzt werden. Es gilt darauf zu achten, die bereits in diesen Be-
5 reichen bestehenden Arbeitsplätze nicht zu entwerten. Gleichzeitig sollte auch ein Min-
6 destqualitätsanspruch an der geleisteten Arbeit durch die Beschäftigten im ÖBS gege-
7 ben sein.

8

9 **Begründung:**

10

11 Laut Arbeitsmarktbericht vom September 2009 der Bundesagentur für Arbeit sind in
12 Deutschland über 900 000 Menschen länger als 12 Monate arbeitslos, davon ca. 480
13 000 länger als 24 Monate. Die Arbeitsmarktreforen der letzten Jahre haben an dieser
14 Situation nichts grundlegend geändert. Denn sie beruhten auf der Fehlannahme, dass
15 die betroffenen Menschen durch verschärfte Zumutungskriterien grundsätzlich in den
16 ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Wir fordern den Paradigmenwechsel: wir
17 wollen nicht länger Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit finanzieren.

18 Wir plädieren für eine ehrliche und realistische Arbeitsmarktpolitik, die anerkennt, dass
19 es einen Personenkreis gibt, der nur in einem öffentlich finanzierten Beschäftigungssek-
20 tor Arbeit finden kann.

21

22 Die Investition in neue Beschäftigungsverhältnisse bietet folgende Vorteile:

23

24 - gesamtfiskalischer Nutzen: durchschnittliche Kosten eines neuen Beschäftigungsver-
25 hältnisses saldiert mit durchschnittlichen Minder- bzw. Mehrausgaben

26 - volkswirtschaftlichen Nutzen: zusätzliche Beschäftigung multipliziert mit durchschnittli-
27 cher Produktivität des Erwerbstätigen steigert Wertschöpfung

28 - ermöglicht gemeinwohlorientierte Tätigkeiten, die sich für die Privatwirtschaft noch
29 nicht rechnen.

30

31 Wir glauben nicht an das Ende der Arbeit – vielmehr sind wir davon überzeugt, dass es
32 viel unerledigte, gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt. Davon ist ein großer Teil Re-
33 produktionsarbeit, die wir nun professionalisieren wollen. Professionalisierung heißt
34 Umwandlung von nichtbezahlter/ehrenamtlicher Arbeit in sozialversicherungspflichtige

1
1 Beschäftigungsverhältnisse. Die ist besonders auch unter gleichstellungspolitischen
2 Gesichtspunkten erstrebenswert.
3
4 Als momentanes Beispiel verweisen wir auf den ÖBS in Berlin, das sicher (auch auf-
5 grund der Bundesgesetzeslage) noch lange nicht perfekt ist, aber einen grundsätzlich
6 richtigen Weg einschlägt. (www.oeps-berlin.de) Dort sind bereits viele verschiedene Be-
7 schäftigungsprojekte in der Durchführung, über 7000 Menschen arbeiten momentan im
8 Berliner ÖBS.
9
10 Geklärt werden muss, in welchem Verhältnis öffentlicher Dienst und ÖBS zueinander
11 stehen. Kann auch die öffentliche Hand Träger von Beschäftigungsprojekten sein?
12 Einen Anhaltspunkt dafür bildet die Frage nach der Reichweite der öffentlichen Da-
13 seinsfürsorge.
14
15 Natürlich kann auch der ÖBS nur ein Baustein in einem Gesamtkonzept arbeitsmarkt-
16 politischer Maßnahmen, wie z.B. auch flächendeckende Arbeitszeitverkürzung, sein.
17 Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik bleibt immer die Vollbeschäftigung.

1
1 Adressaten: Jusos Oberbayern Bezirkskonferenz, Landeskonferenz der Jusos Bayern,

2 SPD-Bundestagsfraktion

3 Ansprechpartnerin: Lena Sterzer

4

5 **2. Für eine nachhaltige Zukunft – von links gestaltet**

6

7 Der Mensch hat stets in seine Umwelt eingegriffen, sie gestaltet und geprägt. Doch der
8 Eingriff des Menschen in die Natur hat mit wachsenden technischen Möglichkeiten und
9 steigendem, ungezügelm Verbrauch der Ressourcen, insbesondere durch die entwi-
10 ckelten Industrienationen, ein Maß erreicht, an dem er die Lebensgrundlage aller be-
11 droht.

12

13 Das wir eine umfassende Energiewende brauchen, sollte unumstritten sein. Es geht da-
14 bei nicht nur um Naturschutz oder Moral, sondern darum, unsere natürlichen Lebens-
15 grundlagen zu retten und eine soziale und wirtschaftliche Zukunft, nicht nur für
16 Deutschland, zu erreichen. Gerade wir, als Jusos, müssen uns bewusst sein, dass die
17 Folgen des Klimawandels zuerst die Menschen treffen, die am wenigsten dazu beige-
18 tragen haben. Deshalb müssen wir handeln. Und zwar jetzt.

19

20 Mittlerweile haben sich die meisten Parteien den Klimaschutz auf die Fahnen geschrie-
21 ben – es ist nicht sozial und links, für eine Energiewende zu sein, sondern wer links ist,
22 muss für eine Energiewende stehen und für deren Ausgestaltung, besonders auch im
23 sozialen Sinne, eintreten. Wir wollen weg von einer Symbolpolitik, hin zu konkreten
24 Maßnahmen, die bei den Menschen ankommen und Wirkung zeigen. Das ist schwierig,
25 vor allem wenn Lobbyisten aus verschiedensten Branchen versuchen den Klimawandel
26 klein zureden. Dass der Klimawandel stattfindet und von Menschen verursacht ist,
27 dürften nur noch die Wenigsten abstreiten, dennoch bleiben konkrete Maßnahmen aus.
28 Kein Wunder, wenn sogar Firmen wie Shell, Vattenfall und Lufthansa in groß angeleg-
29 ten Werbekampagnen versuchen uns von ihrer „Grünen Seite“ zu überzeugen.

30

31 Aber ein Wandel ist nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Notwendigkeit.
32 Deutschland als rohstoffarmes Land hat immer auf Forschung und Technik gesetzt, es
33 ist jetzt Zeit zu handeln, wenn wir als wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bestehen
34 wollen. Und nur so hat auch die Sozialdemokratie eine Zukunft – jetzt ist die Zeit für
35 neue Investitionen in Forschung und Wissenschaft. Nur wenn wir diese Chance jetzt

1
1 wahrnehmen, haben unsere sozialen Sicherungssysteme wieder eine Zukunft. Der
2 Wandel muss auf allen Ebenen statt finden, wir brauchen ein Umdenken in der Gesell-
3 schaft. Diesen erreichen wir nicht mit Appellen oder Moral, diesen erreichen wir nur mit
4 viel Aufklärung, Fördermaßnahmen und starkem politischem Willen. Der Wandel ge-
5 schieht nicht über Nacht, deshalb müssen wir ihn jetzt beginnen.

6

7 **Einsparmöglichkeiten und Effizienz**

8

9 Bevor wir über Energieproduktion und -nutzung nachdenken, müssen wir uns über Effi-
10 zienz und Sparpotentiale Gedanken machen. Jede/r kann im privaten Haushalt Energie
11 sparen. Das hilft sowohl den BürgerInnen selbst, weil sie Geld sparen, als auch dem
12 Klima. Wenn private Haushalte weniger Energie verbrauchen, darf dabei aber nicht an
13 Lebensqualität gespart werden. Ziel ist es, unnötig verbrauchte Energie zu vermeiden,
14 das kann sowohl über moderne Elektrogeräte geschehen, wie auch über energetische
15 Gebäudesanierung, mit der bis zu 50% der Heizenergie gespart werden können.

16

17 Hier ist es Aufgabe des Staates, BürgerInnen zu unterstützen. Einerseits mit Aufklä-
18 rungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung, um ein ökologisches
19 Bewusstsein zu fördern, andererseits mit finanzieller Unterstützung. Hier gilt es weitere
20 Förderprogramme, beispielsweise für Sanierung und Photovoltaik oder Brauchwasser-
21 nutzung, einzuführen. Bund, Länder und Kommunen sollen hier als Vorbild fungieren
22 und öffentliche Gebäude mit modernen Anlagen ausstatten. Wichtig ist, dass alle Kom-
23 munen hierbei mitziehen, das heißt weniger finanzkräftige Gemeinden müssen unter-
24 stützt werden. Oft rechnen sich Modernisierungsmaßnahme erst nach einigen Jahren
25 und sind in der Anschaffung sehr kostenintensiv, was bei vielen VerbraucherInnen aus-
26 schlaggebend ist. Hier müssen Förderprogramme, wie auch günstige Kreditoptionen
27 greifen. Zusätzlich ist es sinnvoll, Informationsmaterial und Kostenaufstellungen zur
28 Verfügung zu stellen. Das vom DGB mitentwickelte Konzept eines Energiesparfonds
29 zur Unterstützung bei der Erschließung von Energiesparpotentialen unterstützen wir.
30 Möglich wäre auch ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz für bestimmte Produkte. Sozial
31 Benachteiligte gilt es zusätzlich zu den Regelsätzen, mehr als bisher, bei der Anschaf-
32 fung von effizienteren Geräten zu unterstützen. Schließlich sind es Einkommensschwache,
33 die am meisten unter hohen Energiekosten leiden. So werden sie entlastet und
34 Unternehmen bekommen zusätzlich Anreize effizientere Produkte herzustellen. Auch
35 gesetzliche Regelungen, bei Neubauten oder Sanierungen erhöhte Standards bezüg-

1
2 lich Energieverbrauch festzulegen, tragen erheblich dazu bei Energie einzusparen und
3 ein Umdenken zu beschleunigen. Bei der energetischen Gebäudesanierung darf insbe-
4 sondere sozial geförderter Wohnungsbau nicht zu kurz kommen, damit die Mietneben-
5 kosten in Zeiten steigender Energiepreise auch für Einkommensschwache bezahlbar
6 bleiben. Selbstverständlich dürfen Kosten für energetische Sanierung nicht auf Mieten
7 umgelegt werden, da sonst die MieterInnen durch Sanierungsmaßnahmen benachteiligt
8 würden.

8

9 Das Modell eines Energieeffizienztarifs halten wir für sinnvoll. Hierbei zahlt jedeR einen
10 sozial verträglichen Fixpreis für die Sicherung der Grundversorgung, z. B. 500 kwh pro
11 Kopf und Jahr, darüber hinaus gehender Bedarf ist preislich progressiv ansteigend. So
12 ist ein Anreiz für geringeren Verbrauch gegeben und die energetische Grundversor-
13 gung ist zu einem sozialverträglichem Preis gewährleistet. Sollte sich dieses Modell
14 auch in der Praxis bewähren, fordern wir eine gesetzliche Verpflichtung kommunaler
15 und privater Energieversorger einen derartigen Tarif anzubieten.

16

17 Menschen zu Verzicht und Sparsamkeit aufzufordern, wird keinen Erfolg haben, wenn
18 sie dadurch einen Teil ihrer Lebensqualität einbüßen müssen. Natürlich soll jedeR sei-
19 nen/ihren kleinen Teil für die Gesamtheit leisten und Energie nicht sinnlos verschwen-
20 den, ein ökologisches Bewusstsein ist gut und wichtig. Trotzdem muss der Staat zu-
21 sätzlich dafür sorgen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben ökologisch verträglich
22 zu leben, ohne an Lebensqualität zu verlieren.

23

24 Effizienzmaßnahmen sind in allen Bereichen möglich, in besonderem Maße jedoch in
25 der Industrie. Hier können wir nicht warten, bis Unternehmen effizientere Technologien
26 von selbst umsetzen, sondern müssen mit gesetzlichen Vorgaben auf eine schnellere
27 Umsetzung drängen. In diesem Zuge können auch Vorgaben für eine Verwendung von
28 nachhaltigen Rohstoffen gemacht werden. Ziel ist nachhaltige Produktion auch zur wirt-
29 schaftlich rentabelsten zu machen.

30

31 **Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft**

32

33 Wenn wir hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik wollen, müssen wir unsere Le-
34 bens- und Produktionsweisen umstellen. Das funktioniert aber nur mit einher gehenden
35 konsequenten technologischen Fortschritten. Eine ökologische Forschungs- und Indus-

1
1 triepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die nicht von einigen wenigen
2 alleine getragen werden kann. Durch die beiden momentanen Krisen, die Klima- und
3 die Finanzmarktkrise, reagieren VerantwortungsträgerInnen sehr unterschiedlich. Wäh-
4 rend manche versuchen die Strategien zur Überwindung beider Krisen zu verknüpfen,
5 was richtig und sinnvoll ist, gibt es andere, die Klimaschutzmaßnahmen mit Rücksicht
6 auf die ohnehin schon angespannte Wirtschaft auf ein Minimum reduzieren wollen. Das
7 ist der falsche Weg. Wirtschaftlich notwendige Investitionen müssen gerade jetzt mehr
8 den je auf einen ökologischen Strukturwandel hinwirken – ohne diese Synergien lässt
9 sich keine von beiden Krisen bewältigen. Wir brauchen wieder eine stärkere Regulie-
10 rung der Finanzmärkte einhergehend mit Investitionen in Klimaschutz und soziale Ge-
11 rechtigkeit.

12

13 Wir wollen keinen industriellen Rückbau, sondern eine ökologische Weiterentwicklung
14 der Industrie, in der ökonomische Rentabilität und ökologische Nachhaltigkeit keine Ge-
15 gensätze sind, die gegeneinander ausgespielt werden, sondern sich gegenseitig bedin-
16 gen. Ein nachhaltiger Energiewandel ist realistisch und er ist nötig, damit Energie priva-
17 ten Haushalten und Unternehmen durchgehend zur Verfügung steht. Er schafft neue
18 Arbeitsplätze zum Wohle der Menschen und nicht für kurzfristige Profite. Wir wollen un-
19 seren heutigen Lebensstandard erhalten und ausbauen, und das nicht auf Kosten an-
20 derer.

21

22 Wachstum und Energie- oder Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Wir
23 können in diesem Punkt nicht auf die Industrie warten, die Bundesregierung muss ge-
24 zielt Anreize und gesetzliche Verpflichtungen schaffen, die Unternehmen in die Pflicht
25 zu nehmen und dazu zu bringen aktiv in nachhaltige Herstellungsprozesse und Produk-
26 te zu investieren. Wir unterstützen Top-Runner-Modelle, welche effiziente Produkte au-
27 tomatisch nach einiger Zeit als Standard festlegen. Um hierbei erfolgreich zu sein, be-
28 darf es einer kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige, zudem
29 müssen neue Technologien, auch unabhängig von staatlicher Seite aus, gefördert wer-
30 den. Neue und innovative Produkt sind aber nicht zwangsläufig optimal. Hier dürfen wir
31 uns nicht von großen Effizienzwerten blenden lassen, sondern müssen nach wie vor
32 strenge Qualitätsmerkmale fordern und dementsprechend neue Produkte daraufhin
33 prüfen.

34

1
1 Wir wollen keine Steuervergünstigungen für nachhaltige Produktionsanlagen, diese
2 sollten bald selbstverständlich sein, sondern Sanktionen für nicht eingehaltene Nach-
3 haltigkeitsstandards. Mit dem Ziel eines emissionsarmen Wirtschaftens setzen wir uns
4 für eine Besteuerung von Emissionen ein. Eine Besteuerung ermöglicht gesetzliche
5 Festlegungen, in welchen Bereichen Steuern angesetzt werden und es können ohne
6 Probleme die Steuersätze regelmäßig angepasst werden. Wir wollen das System nicht
7 (zumindest nicht national) ausbauen, das es nicht sein kann, dass aus Schadstoffen ein
8 Marktwert geschaffen wird, der frei gehandelt wird. Dies ist in unseren Augen nicht der
9 richtige Anreiz um eine stetige Verbesserung von Industrieanlagen zu etablieren – nach
10 dem Motto „Wer viel verdient, kann auch viel emittieren.“ Es ist höchst fraglich, ob man
11 „Umweltverschmutzung“ einfach verkaufen sollte. Ein Problem ist, dass es bisher keine
12 ausreichende Überprüfung und Sanktionierung von Verstößen oder Missachtung des
13 Emissionshandels gibt, hier gibt es, wie in der Umsetzung des gesamten Emissions-
14 handels, Nachholbedarf.

15

16 **Nachhaltige Energieerzeugung**

17

18 Zentraler Punkt einer Energiewende ist die vollständige Umstellung auf regenerative
19 Energien in allen Bereichen. Nur Energie aus erneuerbaren Rohstoffen ist nachhaltige
20 Energie. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber grundlegend für eine moderne Gesellschaft
21 mit Zukunft. In den letzten Jahren hat sich der Anteil erneuerbarer Energien in unserem
22 Energiemix nur minimal erhöht – hier muss in den nächsten Jahren mehr passieren.
23 Wir wollen noch in dieser Hälfte des Jahrhunderts unser Ziel eines zu 100 % aus erneu-
24 erbaren Energien gespeisten Energiemixes erreichen und fossile Energieträger damit
25 völlig ersetzen. Es bestehen erhebliche ungenutzte Potentiale, die vor allem mit For-
26 schung in den Bereichen Wirkungsgrade und Speichertechnologien noch ausgebaut
27 werden können.

28

29 Die Nutzung erneuerbarer Energien ermöglicht eine regionale, dezentrale Energiepro-
30 duktion, bei der viele kleiner Erzeuger ein Netzwerk bilden, sogenannte Verbundnetze.
31 So kann Strom und Wärme effizient durch kurze Transportwege, bedarfsgerecht, kos-
32 tengünstig und sicher produziert werden. Zusätzlich können diese Netzwerke durch
33 Großanlagen, wie zum Beispiel Solarenergieanlagen oder Off Shore Windparks, je
34 nach Standortgegebenheiten, ergänzt werden. Die nachhaltige Energiegewinnung in
35 Großanlagen steht gerade am Anfang ihrer Entwicklung und bietet noch viel Potential.

1
1 Unser Ziel ist es, den fossil-atomaren Energiemix durch einen Nachhaltigen zu erset-
2 zen. Hierbei gibt es viele Möglichkeiten, in die es sich lohnt zu investieren.

3
4 Windenergie ist sauber, leistungsstark und überall verfügbar. Entgegen der Meinung
5 vieler, sind moderne Windkraftanlagen auch sehr leise. Windkraftanlagen in besiedelten
6 Gebieten sind mit großem Augenmaß zu planen und zu bauen. Die Frage nach einer
7 neuen Umweltbelastung muss eine Rolle spielen. Repowering, das entspricht im Grun-
8 de einer Modernisierung und Überholung älterer Kraftwerke, hat sich in den vergange-
9 nen Jahren vor allem im Bereich der Windenergie bewährt, so kann zum Beispiel mit
10 der halben Windenergieanlagenzahl, nach entsprechenden Maßnahmen, doppelt so
11 viel Energie erzeugt werden. Repowering kann darüber hinaus aber auch in anderen
12 Bereichen sinnvoll sein. So können beispielsweise alte Kohlekraftwerke durch Gasheiz-
13 kraftwerke, mit weitaus höheren Wirkungsgraden, ersetzt werden.

14
15 Auch Energie aus Wasser ist meist umweltfreundlich und kann einen hohen Effizienz-
16 grad erreichen. Viele der potentiellen Standorte für Wasserkraftanlagen in Deutschland
17 sind allerdings schon genutzt, könnten aber durch Modernisierungen noch verbessert
18 werden. Hier sind wir auch für eine kritische Überprüfung und gegebenenfalls schonen-
19 de Erneuerung von denkmalgeschützten Anlagen. So könnte beispielsweise das Wal-
20 chenseekraftwerk sehr viel mehr Energie produzieren, die Anlagen dürfen jedoch nicht
21 modernisiert werden.

22
23 Die Geothermie ist ebenso unerschöpflich, wie umweltfreundlich, viele Experten aller-
24 dings setzen nicht zu viel Hoffnung in diese Technik, da zum einen die Temperaturtie-
25 fenzunahme und zum anderen der Wärmestrom in vielen Gebieten zu gering sind.
26 Auch besteht die Gefahr von Erderschütterungen, wie sie jüngst in der Schweiz auftra-
27 ten. Es gibt aber auch in diesem Gebiet noch einiges an Potential, wofür sich For-
28 schungsinvestitionen lohnen. Wichtig ist es, wie bei allen Technologien, dass regionale
29 Potentiale sinnvoll genutzt werden.

30
31 Biomasse ist bei uns zum Teil sehr umstritten, gerade wegen moralischer Aspekte. Wir
32 wollen nicht, dass bei uns aus essbaren Rohstoffen Energie erzeugt wird, während
33 überall auf der Welt Menschen Hunger leiden. Das Beispiel des durch Importe der USA
34 stark überhöhten Maispreises in Mexiko, zeigt die möglichen negativen Konsequenzen.
35 Nichts einzuwenden ist hingegen gegen die sogenannte Biomasse der zweiten Genera-

1
2 tion. Hier werden Biogasanlagen aus Haushaltsabfällen, Holzresten und Stroh gespeist
3 – besonders sinnvoll ist hier die Verbindung mit dem Fernwärmenetz zur regionalen
4 Versorgung. Diese verwertbaren Stoffe sind natürlich nicht unbegrenzt verfügbar, des-
5 halb fordern wir ein Zertifizierungsverfahren, welches eine transparente Herkunft der
6 Biomasse garantiert und beispielsweise Biomasseimporte aus Tropenländern verhin-
7 dert. So kann die Biomasse, eben soweit vorhanden, genutzt werden, Ausbeutung auf
8 Kosten Anderer wird aber verhindert.

9
10 Unsere wichtigste Energiequelle ist nach wie vor die Sonne. Sie ist unerschöpflich,
11 überall verfügbar und mit modernen Anlagen, sogar auch schon bei bewölktem Himmel
12 nutzbar. Im Bereich der Sonnenenergie gibt es Photovoltaik, was besonders für die
13 kleinräumige, dezentrale Energieerzeugung geeignet ist, und Großanlagen, beispiels-
14 weise solarthermische Kraftwerke, wie Parabolrinnenkraftwerke, die in der Regel einen
15 deutlich höheren Wirkungsgrad erreichen, als vergleichbare Photovoltaikanlagen.

16

16 **Den Wandel gestalten**

17

18 Für den Übergang in ein solares oder nachhaltiges Zeitalter können wir bei der Grund-
19 lastversorgung kurzfristig noch nicht auf fossile Energieträger verzichten, da es sonst
20 zum einen zu Versorgungsengpässen und zum anderen zu sprunghaften Preissteige-
21 rungen kommen könnte. So lange müssen wir bestehende Kraftwerke hinsichtlich Effizi-
22 enz, Sicherheit und Co₂-Ausstoß konsequent überwachen und modernisieren. Um-
23 wandlungen in Niedrig-Emissionskraftwerke, Fernwärme, Verbindungen mit Kraftwär-
24 mekopplung oder allgemein optimierte Anlagentechnik sind vorübergehend Ergänzung-
25 en zur besseren Nutzung fossiler Energieträger.

26

27 Auch Blockheizkraftwerke sind mögliche Übergangslösungen, da sie einen höheren
28 Wirkungsgrad als Großkraftwerke haben und bei zu großer Entfernung zu einem größe-
29 ren Kraftwerk Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung für regionale Bereiche mög-
30 lich wird. Die bei der Stromproduktion entstehende Wärme kann sofort als Heizenergie
31 eingesetzt werden. Das sind jedoch alles nur kurzfristige Lösungen, eine langfristige In-
32 vestition in fossile Energieträger wäre allenfalls eine schein-soziale Maßnahme um Ar-
33 beitsplatzverluste, vor allem in der Kohleindustrie, noch einige Zeit hinauszuzögern.
34 Bezieht man jedoch gesamtwirtschaftliche Effekte mit ein, können bei einer Umstellung

1
1 auf regenerative Energien bis 2020, 500 000 neue Arbeitsplätze entstehen – bis 2030
2 rechnet man sogar mit 800 000 in diesem Gebiet.

3
4 Kohle ist für uns nicht zukunftsfähig. Auch die Technologie der Co2 Sequestrierung,
5 auch CCS genannt, lehnen wir Jusos ab. Diese Technik ist wenig erforscht, risikoreich
6 und bietet keine Lösung für den Umgang mit Co2. Mit der unterirdischen Lagerung von
7 Kohlenstoffdioxid, wird ein neues gefährliches Endlagerproblem geschaffen, hinzu
8 kommt, dass auch Kohle, die derzeit für CCS hauptsächlich im Gespräch ist, nur in be-
9 grenzten Mengen verfügbar ist. Wir wollen eine Umgestaltung des Energiesektors – die
10 weitere Subvention von Kohle ist ein klarer Widerspruch dazu.

11
12 Das Konzept der SPD „Weg vom Öl“ ist richtig, aber nicht neu. So wurde diese Grund-
13 richtung schon auf dem Parteitag in Hamburg 1977 beschlossen - passiert ist seit dem
14 wenig. Die SPD setzt auf einen Stufenplan zur Umstellung auf regenerative Energien,
15 doch bis 2020 35% des Stroms aus erneuerbaren Energien ist uns zu wenig. Auch der
16 Anteil bei Wärme, welcher auf 20% erhöht werden soll, ist unserer Meinung nach wenig
17 ambitioniert und muss erhöht werden. Wir sind für ehrgeizige Zielsetzungen, die erfüll-
18 bar sind, aber Anstrengungen erfordern. An diesen wollen wir festhalten, auch wenn
19 sich andere Staaten weniger ehrgeizige Ziele setzen.

20
21 Am Atomausstieg halten wir fest. Er wurde unter Rot-Grün demokratisch beschlossen
22 und dabei muss es auch bleiben. Es gibt keine schlüssigen Argumente für Atomkraft.
23 Sie ist weder sicher und sauber, noch billig oder unerschöpflich. Jüngste Störfälle, wie
24 in Krümmel, sind keine Einzelfälle und zeigen, dass es auch in deutschen Atomkraft-
25 werken immer zu Zwischenfällen kommen kann.

26 Der deutsche Atomausstieg muss Vorbild für unsere Nachbarn sein, solange wir Atom-
27 strom nutzen, können wir keine Kritik an Anderen üben. Auch Verfahren wie die Kernfu-
28 sion können mittelfristig noch keine Lösung für Energieerzeugungsprobleme anbieten
29 und tragen deshalb zur konkreten Lösung der anstehenden Probleme nicht bei. Seit
30 vielen Jahren wird die Kernfusion als Lösung hoch gehalten, die Forschung in diesem
31 Bereich ist allerdings nach lange nicht so weit, dass sich eine Investition lohnen würde.

32
33 Wir fordern die Bundesregierung auf, Atomkonzerne dazu zu verpflichten, die Kosten
34 für Atommülltransport und -lagerung selbst zu tragen. Kostengünstig kommt Atomstrom
35 nur bei den VerbraucherInnen an. Die Atomenergie ist massiv gefördert und unterliegt

1
1 keiner Versicherungspflicht, wie andere Kraftwerke. Keine Versicherung der Welt würde
2 ein Atomkraftwerk versichern und das hat Gründe.

3

4 **Energie für alle**

5

6 Energie muss für alle bezahlbar sein, aber derzeit kommen bei den VerbraucherInnen
7 hauptsächlich steigende Preise an. Daher treten wir für eine Preisregulierung ein, die
8 spekulationsbedingte Preissteigerungen unterbindet. Das Monopol der großen Energie-
9 konzerne muss gebrochen und die wirtschaftliche Eigentätigkeit der Kommunen im Be-
10 reich Energie gestärkt werden. Schon jetzt gibt es erste Musterbeispiele „autarker“
11 Kleinstädte – diese, oder auch unabhängige Verbundnetzregionen, sollen mehr wer-
12 den. Die Handlungsspielräume der Stadtwerke müssen erhalten oder ausgebaut wer-
13 den, und nicht weiter beschnitten werden, wie das mancherorts der Fall ist. Die Rekom-
14 munalisierung von Stadtwerken, soweit nicht in öffentlicher Hand, ist ein wichtiger
15 Schritt hierfür. Mit kommunalen Stadtwerken ist eine zuverlässige, dezentrale Energie-
16 versorgung möglich, die sich an lokale Gegebenheiten anpasst. Nur durch demokra-
17 tisch kontrollierte Stadtwerke kann, bei entsprechenden Rahmenbedingungen, Preis-
18 stabilität garantiert werden.

19

20 Wir Jusos fordern die Energienetze endlich in öffentliche Hand zu überführen und damit
21 die Dominanz der vier großen Energiekonzerne einzuschränken, denn nur so haben
22 auch neue Anbieter Zugang zu den Netzen und ein fairer Wettbewerb kann entstehen.
23 Die bisherige Verwaltung der Netze über die großen Energieanbieter schadet der Ener-
24 giesicherheit, dem Preisniveau und dem Klimaschutz. Zudem ist die Modernisierung
25 der Stromnetze längst überfällig – in den Ausbau und in Netzsicherheit wurde in den
26 letzten Jahren nicht genug investiert und damit die Versorgungssicherheit gefährdet.
27 Um die Verwaltung der Netze neutral und fair zu gestalten sind wir für die Gründung ei-
28 ner unabhängigen Netzgesellschaft, deren mehrheitliche Anteile der öffentlichen Hand
29 unterstellt sind. Kontrolliert werden soll diese Netzgesellschaft von der Bundesnetz-
30 agentur und der Bundesregierung.

31

32 Doch das sind für uns nur erste Schritte. Für uns gehört Energieversorgung zur öffentli-
33 chen Daseinsvorsorge, welche nicht von privater Hand übernommen werden darf. Da-
34 her stehen wir für ein Aufbrechen des derzeitigen Monopols und eine Vergesellschaf-
35 tung der Energieproduktion. Verantwortung für so essentielle Grundbedürfnisse darf

1
1 nicht in den Händen der rein profitorientierten privaten Energiewirtschaft liegen. Ziel ist
2 für uns ein europäisches Energienetz und eine Gewährleistung sauberer und sicherer
3 Energie zu jeder Zeit. Bis dahin sind wir für eine zügige Modernisierung und einen Aus-
4 bau der europäischen Verbundnetzstrukturen. Dadurch werden auch die Bedingungen
5 für eine dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Energien verbessert.

6

7 **Klimafreundliche Mobilität**

8

9 Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen einer freien Gesellschaft und ein Grund-
10 recht aller Menschen. Sie trägt aber auch durch Treibhausgasemissionen maßgeblich
11 zur Klimaerwärmung bei. Deshalb müssen Verkehr und Mobilität besser organisiert
12 werden. ÖPNV und Bahn sind mit die effizientesten Transportmittel, die wir weiter aus-
13 bauen wollen. Dazu gehört eine Ausstattung mit modernen und umweltschonenden An-
14 triebstechniken, ein möglichst flächendeckender Ausbau, wo benötigt, und sozial ver-
15 trägliche Tarife, die Mobilität für alle bezahlbar machen, aber keinesfalls eine Privatisie-
16 rung - weder des ÖPNV, noch der Bahn. Daran halten wir langfristig fest. Drüber hinaus
17 muss der ÖPNV steuerlich spürbar besser gestellt werden. Im Schienenverkehr steckt
18 noch Potential, besonders was den Warentransport betrifft kann noch viel auf die Schie-
19 ne umgelagert werden. Wir sind uns durchaus bewusst, dass ÖPNV kein Ersatz für In-
20 dividualverkehr ist, deshalb gilt es auch hier die schädlichen Auswirkung auf ein Mini-
21 mum zu begrenzen. Besonders in Städten muss Fahrradverkehr mindestens gleichbe-
22 rechtigt neben motorisiertem Individualverkehr und ÖPNV stehen. Dazu gehören gut
23 ausgebaute Fahrradwege genauso, wie ausreichend Abstellplätze.

24

25 Das Auto ist nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Deutschlands, es ist für
26 viele Identifikations- und Freiheitssymbol. Doch damit Kraftfahrzeuge Zukunft haben,
27 müssen Unternehmen umdenken. Emissionseinsparungen haben bislang kaum eine
28 Rolle gespielt und auch die Optimierung des Kraftstoffverbrauch wurde nicht so voran-
29 getrieben, wie das der Fall hätte sein können. Und dabei geht es nicht nur um Umwelt-
30 schäden, sondern vor allem um soziale Aspekte, schließlich werden Kraftstoffe immer
31 teurer, was vor allem GeringverdienerInnen trifft. Auch die Forschung in Richtung Was-
32 serstoff als Antriebsmittel ist voran zu treiben. Ein großes Problem hierbei ist, dass die
33 Herstellung von Wasserstofftreibstoff noch zu energieaufwendig ist. Hersteller müssen
34 dazu verpflichtet werden, sich an strenge Auflagen, die zunehmend verschärft werden,
35 zu halten.

1
1

2 Der motorisierte Individualverkehr hat nur Zukunft, wenn wir in Elektroautos investieren
3 – diese sollen Benzinfahrzeuge in den nächsten Jahren vollständig ablösen und durch
4 regenerative Energien gespeist werden. Eine entsprechende Infrastruktur muss dafür
5 natürlich aufgebaut werden. Hybridfahrzeuge sind für uns daher nur ein erster positiver
6 Schritt. Effiziente und sparsame Fahrzeuge dürfen nicht teurer als ein vergleichbares
7 Benzinauto sein – nur so ist eine Umstellung auf Elektroautos möglich. Auch in Biokraft-
8 stoffen sehen wir keine zukunftssträchtige Lösung. Allenfalls können sie, unter bestimm-
9 ten Bedingungen, als Übergangslösung fungieren.

10

11 Weiterhin sind wir für eine Kfz-Besteuerung nach dem Co2 Ausstoß für alle Kraftfahr-
12 zeuge ab Baujahr 2000. Der notwendige schnelle Wandel darf auch hier nicht auf Kos-
13 ten der Einkommensschwächeren stattfinden, deshalb sind wir für eine stufenweise
14 Umstellung der Kfz-Besteuerung. Verbesserungen im Bereich der LKWs sind ebenso
15 essentiell, einen Anreiz hierfür kann eine Mautgebühr sein, die sich nicht nur nach Achs-
16 zahl und Gewicht richtet, sondern sich auch an Co2-Ausstoß orientiert. Die geplante
17 Senkung des verpflichtenden DurchschnittsCo2-Ausstoßes von Neuwägen in den
18 nächsten drei Jahren auf höchstens 120g/km festzulegen, ist ein guter Schritt, der aber
19 auch nach und nach entsprechend aktualisiert werden muss.

20

21 Der Luftverkehr ist wichtig für Deutschland, trotzdem kann er nicht weiter in diesem
22 Maße subventioniert werden.

23

24 **Klimawandel global**

25

26 Der Klimawandel ist ein globales Problem, dem nur mit internationaler Kooperation ent-
27 gegengewirkt werden kann. Die Folgen der Erderwärmung werden uns in Statistiken
28 oder Katastrophenberichten immer wieder vor Augen geführt – trotzdem bleiben ange-
29 messene Maßnahmen aus. Wir in Europa wurden von den Veränderungen bislang
30 größtenteils verschont. Bei uns kommen hauptsächlich steigende Energie-, Nahrungs-
31 und Rohstoffpreise an, doch auch das nicht in dem Maße, dass wir aufwachen und dem
32 Klimawandel aktiv entgegenreten.

33

34 Extreme Wetterereignisse überall nehmen zu, ganze Ökosysteme leiden und die Biodi-
35 versität nimmt stetig ab. Es steigt nicht nur der Meeresspiegel und bedroht damit ganze

1
1 Länder, auch Dürren und Wassermangel sind Folgen, die sich in Zukunft immer weiter
2 verschärfen werden. Hungersnöte, beispielsweise durch Verödung vormals fruchtbarer
3 Flächen, Wassermangel und Naturkatastrophen stellen Menschen vor existenzielle Fra-
4 gen und Flüchtlingsströme resultieren. Darauf müssen wir in Europa entsprechend rea-
5 gieren. Wir müssen Klimawandel so weit wie möglich bremsen und Vorsorgemaßnah-
6 men treffen.

7

8 Das Ziel die globale Erderwärmung auf maximal 2° Celsius zu beschränken ist ein
9 wichtiger und richtiger Schritt – doch dieser muss auch aktiv umgesetzt werden und
10 zwar je früher, desto besser. Dabei müssen Europa und Deutschland die Vorreiterrolle
11 übernehmen. In den Kampf gegen den Klimawandel müssen möglichst viele Staaten
12 miteinbezogen werden, ganz besonders aber müssen die westlichen Industrienationen
13 als Hauptverursacher der Klimaerwärmung sich an den Veränderungsprozessen beteili-
14 gen. Der Klimawandel wird sich in Zukunft durch die industriellen Aufholbestrebungen
15 der Schwellen- und Entwicklungsländern noch beschleunigen.

16

17 150 Jahre industrielle Natursausbeutung durch die westlichen Industrienationen haben
18 gravierende Schäden hinterlassen und dürfen sich nicht wiederholen, deshalb sind die
19 Industriestaaten gefordert ärmere Länder zu unterstützen, ihnen neuste Technologien
20 nicht vorzuenthalten und vor allem keinen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu provo-
21 zieren. Vereinbarte Zielsetzungen sind keine Machbarkeitsgrenzen, sondern lediglich
22 Mindestverpflichtungen, die weit unterschritten werden können – auch hier ist es Euro-
23 pa und insbesondere Deutschland, das zum Vorbild werden soll und Ziele größtmöglich
24 übertreffen soll.

25

26 Wir brauchen verbindliche völkerrechtliche Vereinbarungen zur Intensivierung des Kli-
27 maschutzes mit einem einhergehenden Sanktionskatalog. Der Klimawandel betrifft jetzt
28 schon viele direkt, doch es werden immer mehr. Eine Umkehr ist bereits nicht mehr
29 möglich, doch wenn wir jetzt handeln, können wir die schlimmsten Folgen vielleicht
30 noch verhindern.

31

32 Im Dezember 2009 findet in Kopenhagen die 15. Klimakonferenz der UN statt. Diese ist
33 von besonderer Bedeutung, da hier unter anderem ein Kyoto-Folgeabkommen be-
34 schlossen werden kann. Das Kyotoprotokoll gilt nur bis 2012, deshalb ist diese Konfe-
35 renz die letzte Möglichkeit ein Nachfolgepapier zu verabschieden, in dem internationale

1
1 Übereinkommen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zum Umgang mit
2 dem Klimawandel festgehalten werden können. Die Chancen auf eine erfolgreiche Kon-
3 ferenz mit einem wegweisenden Beschluss, werden derzeit von vielen Experten als un-
4 wahrscheinlich eingeschätzt, auch der Wiedereintritt der USA in die Verhandlungen gibt
5 keinen Grund zur Hoffnung. Wir Jusos fordern die Bundesregierung auf, sich aktiv für
6 ein Folgeabkommen mit ehrgeizigen und verbindlichen Treibhausgasemissionszielen
7 einzusetzen. Dieses Abkommen soll unter anderem Lösungen zur Einbeziehung der
8 Entwicklungs- und Schwellenländer in den Klimaschutz, ohne deren Entwicklung zu be-
9 hindern, erhöhte Finanzausstattung des Klimafolgenfonds und verbesserte Mechanis-
10 men für den Emissionshandel bieten. Deutschland soll sich klar zum Klimaschutz posi-
11 tionieren und eine aktive Vorreiterrolle übernehmen.

12

13 Die nachhaltige Umgestaltung der Industrieländer wird schwierig, doch sie ist machbar,
14 wenn der Wille da ist. Um einiges schwieriger wird, es die Bedürfnisse aufstrebender
15 Wirtschaftsregionen mit dem Klimaschutz zu verbinden. Das Wachstumspotential die-
16 ser Regionen darf nicht gefährdet sein, daher müssen die Voraussetzungen in den In-
17 dustriationen geschaffen werden. Der EU kommt dabei eine besonders wichtige Rol-
18 le zugute. Sie muss nicht nur neue Anstrengungen anregen, sondern auch mit gutem
19 Beispiel vorangehen.

20

21 Dabei sind auch Vereinbarungen im kleinen Rahmen wichtige erste Schritte. Innovatio-
22 nen und neue technische Möglichkeiten der Energieproduktion und des -transports
23 müssen auch anderen Staaten zu Verfügung gestellt werden, es kann nicht sein, das in
24 Technologien, die hier bereits als veraltet angesehen werden, anderorts noch investiert
25 wird und umgekehrt. Gerade die, die es sich nicht leisten können, selbst in Forschung
26 zu investieren, müssen auch an technologischen Fortschritten teilhaben können. Des-
27 halb müssen auch beim Technologietransfer Fortschritte gemacht werden. Hier muss
28 Konkurrenzdenken überwunden werden, schließlich geht es um Probleme, die uns alle
29 betreffen. Gerade die Regionen die am stärksten von den Folgen des Klimawandels be-
30 troffen sind, sind in vielen Fällen nicht Verursacher dessen und haben kaum ausrei-
31 chend Mittel um auch nur die schwerwiegendsten Folgen abzumildern. Hier ist die inter-
32 nationale Solidarität gefragt – denkbar wäre beispielsweise ein Ausbau des internatio-
33 nalen Klimafolgenfonds der UN, in den Verursacher proportional zu ihren Emissionen
34 einzahlen.

35

1
1 Deutschland und Europa sollen Klimavorbilder werden. Wir wollen Vorreiter bei der
2 Emissionsverminderung sein, wir müssen Grenzwerte nicht nur stetig verschärfen, son-
3 dern wir wollen bereits bestehende Verpflichtungen übertreffen – nur so können wir
4 auch von Anderen Taten einfordern. Appelle sind nicht genug, der moralische Zeigefin-
5 ger, muss von klaren wirtschaftlichen und sozialen Argumenten abgelöst werden. Die
6 Absichten der SPD die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2020 gegenüber
7 1990 um mindestens 40% zu senken sind ein guter Schritt, doch dies ist lediglich ein
8 Minimalwert, das eigentliche Ziel muss weit darüber liegen.

9
10 Darüber hinaus ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Strö-
11 mungen und NGOs aus Bereichen der Umweltpolitik sinnvoll. Nur als glaubwürdige
12 Partnerin an der Seite von ökologisch-engagierten Menschen werden wir als SPD in
13 diesem Themenfeld auch stärker in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen.

14
15 Deutschland ist schon in in vielen Gebieten, wie beispielsweise Effizienz-, Recycling-
16 und Biotechnologien, gut aufgestellt – das Deutsche Institut für Wirtschaft sieht eine
17 steigende Nachfrage nach innovativen Produkten zu Förderung von erneuerbaren
18 Energien, so wird sich das weltweite Umsatzpotential in den nächsten zehn Jahren
19 schätzungsweise auf etwa 300 Mrd Euro steigern. Trotzdem kann sich gerade auch in
20 diesen Bereichen in den nächsten Jahren noch viel entwickeln, deshalb dürfen wir uns
21 nicht auf kurzfristigen Erfolgen ausruhen und ökologisch und nachhaltig relevante The-
22 men fächerübergreifend mehr in unser Bildungssystem integrieren. Das fängt im Kin-
23 dertagesstätten an, und geht hin bis zu entsprechenden Studiengängen. Es ist ent-
24 scheidend, dass nachhaltiges Handeln ein Querschnittsthema ist, welches in vielen Be-
25 reichen relevant ist, trotzdem dürfen entsprechende Spezialisierungsmöglichkeiten
26 nicht fehlen. Klimaschutz muss auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen einge-
27 fordert werden, auch kleine Beiträge sind nicht zu vernachlässigen. Daher sollen Kom-
28 munen und Wirtschaftsbetriebe in ganz Deutschland einen Beitrag im Rahmen ihrer
29 Möglichkeiten leisten. Auch hier muss die öffentliche Hand in möglichst vielen Berei-
30 chen ein Vorbild sein, zum einen bei Neueinrichtungen, aber auch beim Modernisieren.
31 Dabei geht es um kommunalen Wohnungsbau, öffentliche Gebäude, aber auch um
32 Dienstleistungen, wie zum Beispiel Abfallverwertungsanlagen.

33
34 Umwelt- und Klimapolitik ist eine Chance für die Sozialdemokratie, die jetzt genutzt
35 werden muss. Wenn wir jetzt die richtigen Zeichen setzen und klar für eine Wende hin

1
1 zu regenerativen Energien, weg vom fossil-atomaren Energiemix, unter sozial gerech-
2 ten Umständen eintreten, gibt es noch Möglichkeiten den Kurs in die Zukunft in die rich-
3 tige Richtung zu lenken. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie die Auswirkungen des Kli-
4 mawandels, gerade auf das Leben der Menschen, klar herauszustellen und daraus
5 deutliche Forderungen zu entwickeln, wie diesen neuen, verschärften Komponenten so-
6 zialer Ungerechtigkeit entgegengewirkt werden kann. Damit zu beginnen ist es nie zu
7 spät, also lasst uns damit anfangen.

1
1 Adressat: Juso-Landeskonferenz

2

3 **3. Gentechnik**

4

5 Gentechnik wird in der öffentlichen Diskussion hauptsächlich als grüne Gentechnik
6 wahrgenommen. Diese Diskussion wird in unverantwortlicher Weise geführt: Auf der
7 einen Seite werden die Menschen mit Horrormeldungen geradezu in Panik versetzt, auf
8 der anderen Seite wird von den Gentechnikbefürwortern behauptet, dass gentechnisch
9 veränderte Pflanzen vollkommen unbedenklich sind und damit in naher Zukunft das Er-
10 nährungsproblem gelöst werden könne. Ein Problem ist, dass sehr viele Menschen
11 nicht wissen, um was es sich bei der Gentechnik überhaupt handelt und diese Technik
12 nicht selbst einschätzen können. Wir Jusos fordern deshalb unabhängige, leicht zu-
13 gängliche und allgemeinverständliche Informationen für die Menschen, damit eine mög-
14 lichst unvoreingenommene Herangehensweise an das Thema ermöglicht wird.

15

16 Bei dieser Diskussion wird oft vernachlässigt, dass es nicht nur die grüne Gentechnik
17 gibt, sondern dass man Gentechnik in verschiedene Bereiche unterteilen kann. Momen-
18 tan gibt es vor allem zwei Anwendungsbereiche, die grüne und die rote Gentechnik. Bei
19 der roten Gentechnik muss man auch unterscheiden, ob diese zu Forschungszwecken
20 eingesetzt wird oder ob sie schon praktische Anwendung findet.

21

22 Bei der grünen Gentechnik liegt der Anwendungsbereich in der Landwirtschaft und in
23 der Nahrungsmittelproduktion, Pflanzen werden mit meist artfremden Genen so verän-
24 dert, dass gewünschte Eigenschaften wie z.B. Herbizidresistenz erreicht werden.

25

26 Momentan ist der Nutzen der grünen Gentechnik für den Verbraucher noch sehr gering,
27 was sich in Zukunft ändern mag, wenn z.B. nährstoffangereicherte, schadstoffabsorbie-
28 rende oder dürreresistente Pflanzen entwickelt werden. Die Einschätzungen der Exper-
29 ten zur Sicherheit in Bezug auf die Umwelt, die Gesundheit der Verbraucher oder wirt-
30 schaftliche Aspekte sind meist sehr unterschiedlich. Ein Argument gegen die grüne
31 Gentechnik ist, dass z.B. durch Pollenflug von insektenresistenten Pflanzen die Biodi-
32 versität gefährdet ist, vergleichbar mit den Beobachtungen, dass sich Lebewesen nach
33 Einschleppung in Ökosysteme, in denen sie ursprünglich nicht heimisch waren, sehr
34 stark vermehren. Dass durch Pollenflug "Fremdgene" von gentechnisch veränderten
35 Pflanzen auskreuzen können, ist bekannt. Allerdings muss man hier von Pflanze zu

1
1 Pflanze unterscheiden, die Einschätzungen zur jeweiligen Auskreuzungsgefahr sind
2 sehr widersprüchlich.

3 Zuverlässige Langzeitstudien fehlen noch weitgehend. Beide Seiten versuchen, mit ei-
4 genen Untersuchungen Argumente für oder gegen die grüne Gentechnik zu untermau-
5 ern. Gegner haben z.B. in nicht unumstrittenen Experimenten herausgefunden, dass
6 sich das Blut und die Nieren in Ratten bei Verzehr von gentechnisch veränderten Pflan-
7 zen verändert haben. Auf der anderen Seite begründen Gentechnik-Befürworter z.B.
8 ihre positive Haltung bezüglich dem Genmais Mon-810 damit, dass aufgrund von ver-
9 minderten Pilzbefalls das Krebsrisiko für die Verbraucher sinkt. Untersuchungen auf
10 das Umweltrisiko spiegeln je nach Standpunkt natürlich auch die eigene Position wie-
11 der.

12 All das verunsichert die Verbraucher und führt dazu, dass ein überwiegender Teil sich
13 gegen die grüne Gentechnik ausspricht. Wir fordern daher, dass jede gentechnisch ver-
14 änderte Pflanze von mindestens zwei unabhängigen (!) Forschungsinstituten bezüglich
15 Gesundheitsverträglichkeit und Einfluss auf die Umwelt untersucht wird. Erst nachdem
16 in Langzeitstudien die Unbedenklichkeit nachgewiesen wurde, ist über eine Freisetzung
17 der Pflanzen zu entscheiden.

18

19 In Anbetracht der Tatsache, dass es bei Eingriffen in lebende Organismen schwierig ist,
20 gefühlsmäßige und rationale Argumente zu trennen, ist es für die meisten Menschen
21 momentan nicht leicht, sich eine unabhängige Meinung zu bilden. Wichtig ist daher eine
22 neutrale Aufklärung über die grüne Gentechnik, die nicht eine vorgefertigte Meinung
23 vermitteln soll, sondern dem/der VerbraucherIn die Gelegenheit gibt, sich unabhängig
24 zu positionieren.

25

26 Ebenso ist es wichtig zu zeigen, dass es in der grünen Gentechnik verschiedene Ziel-
27 setzungen gibt. Zum einen versuchen Firmen, eigene Produkte bestmöglich zu ver-
28 markten um ein weltweites Monopol auf Saatgut zu errichten. Dazu wird das Saatgut
29 patentiert, was bedeutet, dass Bauern jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen, da es
30 Ihnen vertraglich verboten wurde, die eigene Ernte auch als Saatgut zu verwenden.
31 Diese Praxis führt dazu, dass gerade arme Bauern, die sich das teure Saatgut kaum
32 leisten können, nach Ernteaussfällen in große Existenznot geraten können.

33

34 Sind Felder, die mit konventionellen Pflanzen bebaut wurden, mit gentechnisch verän-
35 derten Pflanzen kontaminiert, wurde schon häufig Klage gegen die Besitzer eingereicht

1 mit dem Ziel, dass diese auch Gebühren für Saatgut entrichten müssen. Ebenso ist es
2 bei herbizidresistenten Pflanzen häufig festgelegt, dass Landwirte passende Chemikali-
3 en sozusagen im Doppelpack mit dem Saatgut kaufen müssen, was die Abhängigkeit
4 von den Firmen weiter erhöht. Eine gesetzliche Regulierung an dieser Stelle ist zwin-
5 gend erforderlich, schließlich sind Pflanzen keine Produkte wie jedes andere, sondern
6 gehören zu unseren natürlichen Lebensgrundlagen, auf die es keine Patente geben
7 darf. Forschungs- und Entwicklungskosten von transgenen Pflanzen dürfen auf die Art
8 und Weise, wie es momentan geschieht, nicht an die Verbraucher weitergegeben wer-
9 den. Daher ist es allein schon von diesem Gesichtspunkt aus notwendig, dass For-
10 schung in die grüne Gentechnik in öffentlicher Hand liegt. Zielsetzungen müssen vorher
11 gründlich diskutiert werden, dabei sind alle Faktoren wie z.B. Nützlichkeit, mögliche
12 Umwelt- und Gesundheits-Verträglichkeit mit einzubeziehen. Besteht die Möglichkeit, in
13 absehbarer Zeit mit klassischen Züchtungsmethoden die gleichen Ziele zu erreichen,
14 so ist diese vorzuziehen.

15 Auf der anderen Seite gibt es Ziele, transgene Pflanzen zu erzeugen, die mit neuen Ei-
16 genschaften den Menschen nützlich sein sollen. Beispiele dazu sind z.B. dürreresisten-
17 te Pflanzen und der sogenannte goldene Reis. Ziel der Veränderung beim goldenen
18 Reis war laut der beteiligten Forscher ein Mittel gegen den in Entwicklungsländern Asi-
19 ens häufigen Vitamin-A Mangel (Ursache für Augenleiden bis hin zu Erblindung, so wie
20 Beeinträchtigung des Immunsystems) zu finden. Kritiker des goldenen Reises befürch-
21 ten, dass bei einem positiven Beispiel die grüne Gentechnik insgesamt mit der Zeit als
22 gut angesehen werden könnte. Außerdem liege die Ursache des Vitamin-A-Mangels
23 auch darin, dass die dortige Landwirtschaft auf Monokultur umgestellt wurde und das
24 mit konventionellen Pflanzen (z.B. Spinat) oder Vitaminpräparaten das Problem ebenso
25 zu beheben sei.

26

27 Ob manche transgene Pflanzen wirklich etwas gegen die unausgeglichene Ernährungs-
28 lage in der Welt ausrichten können, wird sich zeigen. Wichtig dabei ist aber, dass zum
29 einen verhindert werden muss, dass einzelne Unternehmen ein Monopol auf solche
30 Pflanzen errichten können. Wir fordern daher, dass die Forschung in grüne Gentechnik
31 vermehrt in öffentlichen Forschungseinrichtungen stattfinden sollte. Dabei sollte immer
32 das Ziel die Ernährungslage zu verbessern bzw. zu stabilisieren, im Auge behalten wer-
33 den. Dazu ist es notwendig, die öffentliche Forschung in diesem Bereich zu stärken.
34 Dass Firmen Pflanzen entwickeln und diese dann in reinem Gewinnstreben bestmög-
35 lich und ohne ausreichende Tests zu vermarkten versuchen, lehnen wir ab. Ebenso

1
1 fehlt momentan die Akzeptanz in der Bevölkerung für die grüne Gentechnik. Daher fin-
2 den wir es richtig, wenn gentechnisch veränderte Pflanzen zum jetzigen Zeitpunkt nicht
3 zugelassen werden, allerdings lehnen wir ein Verteufeln von grüner Gentechnik ohne
4 sachliche Argumente ab. Wir Jusos sehen, dass die grüne Gentechnik erst am Anfang
5 ihrer Entwicklung steht und kritisch von öffentlicher Seite erforscht werden soll.

6
7 Bei der roten Gentechnik liegt der Anwendungsbereich hauptsächlich im medizinischen
8 Bereich. Zum einen ist dieser Bereich in der Forschung wichtig, um biochemische
9 Grundlagen zu untersuchen und aufgrund daraus resultierender Kenntnisse neue The-
10 rapieansätze entwickelt werden können. In der Forschung werden dazu eine Anzahl an
11 verschiedenen Organismen gentechnisch verändert wie zum Beispiel Bakterien, niede-
12 re Eukaryoten, Zelllinien, aber auch Säugetiere wie z.B. Mäuse. Aufgrund dieser For-
13 schung konnten zahlreiche Fortschritte beim Verständnis von verschiedenen Krankhei-
14 ten erzielt werden. Weitere Ansätze sind Stammzellenforschung und Gentherapie, um
15 Krankheiten behandeln zu können. Dass diese Forschung die Chance bietet vielen bis
16 jetzt unheilbar kranken Menschen zu helfen, ist unumstritten. Allerdings ist es notwen-
17 dig, dass die ethischen Aspekte der Forschung in der Öffentlichkeit diskutiert werden.
18 Die Frage bleibt, ob alles, was gemacht werden kann, auch durchgeführt werden soll.
19 Ein Beispiel dazu ist die embryonale Stammzellenforschung, die schon jetzt sehr kon-
20 trovers diskutiert wird.

21 Wichtig ist auch die Entwicklung von Wirkstoffen aus gentechnisch veränderten Orga-
22 nismen zur Behandlung von Krankheiten. Früher wurde Insulin u.a. aus der Bauchspei-
23 cheldrüse von Rindern gewonnen, was bei der Behandlung von Diabetespatienten häu-
24 fig zu Unverträglichkeitsreaktionen führte. Heute ist es möglich, humanes Insulin aus
25 Bakterien zu gewinnen, welches kaum Nebenwirkungen zeigt. Am Anfang dieser tech-
26 nologischen Entwicklung war diese Anwendung der Gentechnik noch sehr umstritten.
27 Heute ist diese Art der Gentechnik weitgehend aus der öffentlichen Diskussion ver-
28 schwunden, sei es, dass ein Teil weitgehend die positiven Seiten dieser Gentechnik se-
29 hen oder dass vielen nicht bewusst ist, dass es sich hierbei um gentechnisch herge-
30 stellte Medikamente handelt. Wir fordern, dass die rote Gentechnik wieder weiter ins öf-
31 fentliche Bewusstsein gerückt wird, um zu zeigen, dass Gentechnik nicht nur aus der
32 grünen Gentechnik besteht und es andere Anwendungen gibt, die schon jetzt alltäglich
33 sind. Es gilt die Menschen über Risiken, aber auch Chancen, die in der Gentechnik ste-
34 cken aufzuklären und den Begriff der Gentechnik zu neutralisieren. Auch in der roten
35 Gentechnik gibt es viele Bereiche, in die es sich lohnt weiter zu investieren, wir fordern

1
1 daher, dass rote Gentechnik nicht beim Punkt Stammzellenforschung stehen bleibt,
2 sondern dass weiter gedacht wird, damit in Zukunft die Möglichkeit besteht, dass vielen
3 Menschen aufgrund von den Ergebnissen aus der Forschung im Bereich der roten
4 Gentechnik geholfen werden kann. Etablieren sich vermehrt neue Anwendungen, trägt
5 das auch dazu bei, dass bestimmte medizinische Versorgungen weniger exklusiv wird
6 und gerade auch Sozialbenachteiligten die neuen Methoden zu Gute kommen.

1

1 **4. Solidarität mit den BesetzerInnen der Akademie der Bildenden Künste**

2

3 Die Jusos Oberbayern erklären sich den BesetzerInnen der Akademie der Bildenden
4 Künste solidarisch. Wir teilen eure Forderungen nach einem Bildungssystem in dem
5 jede und jeder die gleiche Chance auf Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Le-
6 ben hat. Lasst uns gemeinsam für ein gerechtes, solidarisches und demokratisches Bil-
7 dungssystem kämpfen.

1
1 Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

2 **5. Parlament kommt von reden – weg mit den „Reden zu Protokoll“!**

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass §78 (6) der
4 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ersatzlos gestrichen wird.

5

6 **Begründung:**

7

8 §78 (6) im Wortlaut:

9 „Wird im Ältestenrat vorab vereinbart, anstelle einer Aussprache die schriftlichen
10 Redetexte zu Protokoll zu nehmen, werden die betreffenden Punkte in der
11 Tagesordnung kenntlich gemacht. Eine Aussprache findet abweichend davon statt,
12 wenn sie bis 18 Uhr des Vortages von einer Fraktion oder von fünf vom Hundert der
13 Mitglieder des Bundestages verlangt wird. Je Fraktion kann im Regelfall ein
14 Redebeitrag in angemessenem Umfang zu Protokoll gegeben werden. Der Umfang je
15 Fraktion soll sich an den auf die Fraktionen entfallenden Redezeiten bei einer
16 Aussprache von 30 Minuten orientieren. Die Redetexte sollen dem Sitzungsvorstand
17 spätestens bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes vorliegen.“

18

19 Diese Regelung untergräbt die Tradition der parlamentarischen Debatte und führt dazu,
20 dass politische Entscheidungen getroffen werden, ohne dass eine öffentliche Debatte
21 stattfindet, die für jede/n BürgerIn nachvollziehbar ist. Dies trägt außerdem dazu bei,
22 dass die Akzeptanz von Politik nachlässt und das Misstrauen in „die Politik“ und „die
23 Politiker“ zunimmt. Wir Jusos treten dafür ein, dass alle Debatten und Beratungen im
24 Bundestag transparent und öffentlich ablaufen. Auch wenn es für den/die einzelne/n
25 Abgeordnete/n unbequemer sein mag, so sind alle Reden in freiem Vortrag zu halten
26 und nicht schriftlich zu Protokoll zu geben.

27 Adressaten: SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Landeskonferenz,
28 Bundesministerin für Jugend, Familie und Soziales Ursula, Deutsche
29 Bischofskonferenz, Pästlicher Nunzius in Deutschland